FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
Behörde für Familie und Soziales
Amt für Familie, Jugend und Sozialordnung
Globalrichtlinie GR J 1/ 2006 vom 3.1.2006

Durchführung des Jugendschutzgesetzes (JuSchG)

Inhalt

1. Geltungsbereich.....	2
2. Aufgabe	2
3. Zusammenarbeit.....	2
4. Verfolgung von Verstößen	2
4.1 Bußgeldvorschriften	3
4.2 Strafvorschriften.....	3
5. Berichtswesen	3
6. Schlussbestimmungen.....	3

1. Geltungsbereich

Diese Globalrichtlinie regelt die Aufgabenwahrnehmung der Bezirksämter nach dem Jugendschutzgesetz (JuSchG) vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2730), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums (Alkopopgesetz) vom 23. Juli 2004 (BGBl. I S 1857).

2. Aufgabe

Die Einhaltung der Vorgaben des Jugendschutzgesetzes ist durch die Bezirksämter

- im Zusammenhang mit Kontrollen nach lebensmittel- und gaststättenrechtlichen Vorschriften zu prüfen und bei Verstößen entsprechend zu sanktionieren
- bei Entscheidungen über Anträge von Gewerbetreibenden und Veranstaltern zu beachten und anzuwenden
- bei Beratung und anlassbezogener Information zu berücksichtigen,

Die Bezirksämter handeln bzw. verfolgen nach Kenntnis von jugendgefährdenden Sachverhalten

- durch eigene Tätigkeit nach lebensmittel, gaststätten- sowie gewerberechtlichen Vorschriften,
- durch Mitteilungen der Jugendämter,
- durch Mitteilungen der Polizei,
- durch Mitteilungen der Behörde für Bildung und Sport,
- durch Mitteilungen der Behörde für Soziales und Familie sowie
- durch Hinweise aus der Bevölkerung.

3. Zusammenarbeit

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksämter sollen mit den weiteren Beteiligten für den Jugendschutz zusammenarbeiten. Hierzu finden jährlich mindestens zwei überregionale Besprechungen zur Umsetzung des Jugendschutz-Gesetzes statt. Teilnehmer und Teilnehmerinnen sind Vertreter der für das Jugendschutzgesetz zuständigen Stellen in der Behörde für Soziales und Familie, der Behörde für Bildung und Sport, der Behörde für Inneres sowie der Bezirksämter. Weitere Personen können aus fachlichen Gründen als Teilnehmer befristet oder auf Dauer geladen werden (z.B. aus der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit).

Die überregionalen Besprechungen zur Umsetzung des Jugendschutz-Gesetzes sollen einen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen allen am Jugendschutz Beteiligten gewährleisten. Darüber hinaus soll die Entwicklung und Planung von gemeinsamen (regionalen) Maßnahmen angeregt werden, um den Jugendschutz stärker bei den Gewerbetreibenden zu verankern. Die Federführung für diese Besprechungen liegt bei der Behörde Soziales und Familie.

Bei Jugendschutzfragen, die den Bereich des Jugendmedienschutzes berühren, ist grundsätzlich die zuständige Dienststelle, das Jugendinformationszentrum der Behörde für Bildung und Sport zu beteiligen.

4. Verfolgung von Verstößen

Das Jugendschutzgesetz unterscheidet zwischen Strafvorschriften und Bußgeldvorschriften. Diese Vorschriften richten sich an die Verursacher von Gefährdungen, also in der Regel an Gewerbetreibende und Veranstalter oder ihre Beauftragten. Die Fachbehörde stellt den Bezirksämtern eine Empfehlung zur Erhebung von Bußgeldern zur Verfügung, die als Orientierungshilfe bei der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Jugendschutzgesetz dienen soll.

4.1 Bußgeldvorschriften

Ordnungswidrig handelt ein Gewerbetreibender oder Veranstalter, wenn er vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Regelungen des JuSchG verstößt, wobei ein einmaliger Verstoß ausreicht. Zuständig für die Einleitung eines Bußgeldverfahrens ist grundsätzlich das für den Gewerbetreibenden oder die Veranstaltung örtlich zuständige Verbraucherschutzamt.

Ein Bußgeldverfahren soll eingeleitet werden, wenn auf Grund von Anzeigen oder sonstigen Feststellungen Anhaltspunkte für eine Ordnungswidrigkeit vorliegen und der Verfolgung keine rechtlichen Hindernisse entgegenstehen. Bei geringfügigen Ordnungswidrigkeiten kann die zuständige Dienststelle von einem Bußgeldverfahren absehen und nach Maßgabe des § 56 OWiG eine Verwarnung erteilen oder ein Verwarnungsgeld erheben. Im Übrigen gilt entsprechend § 47 Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG), dass die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im pflichtgemäßen Ermessen der Verfolgungsbehörde liegt.

Ordnungswidrig handeln ebenfalls Erwachsene, die bei einem Kind oder Jugendlichen ein Verhalten herbeiführen oder fördern, dass dem Jugendschutzgesetz entgegensteht. In diesen Fällen ist das Verbraucherschutzamt zuständig, in dessen Wirkungsbereich der Betroffene lebt. Die zuständige Stelle schaltet bei solchen Vorfällen das örtliche Jugendamt zur Stellungnahme ein, ob eine Verfolgung der Ordnungswidrigkeit zweckmäßig /geboten ist. Von einer Verfolgung gegenüber Familienangehörigen des Minderjährigen soll in der Regel abgesehen werden.

4.2 Strafvorschriften

Die Strafvorschriften (§ 27 Abs. 1 und 3 JuSchG) beziehen sich insbesondere auf Verstöße gegen Vertriebs- und Werbebeschränkungen bei indizierten Medien. In diesen Fällen hat die für den Jugendmedienschutz zuständige Stelle, das Jugendinformationszentrum JIZ der Behörde für Bildung und Sport, die fachliche Federführung.

Zur Straftat werden ebenfalls nach § 27 Abs. 2 JuSchG vorsätzliche Zuwiderhandlungen gegen das Jugendschutzgesetz aus Gewinnsucht, bei beharrlicher Wiederholung und bei leichtfertiger Gefährdung von Kindern und Jugendlichen.

In allen Strafsachen im Zusammenhang mit dem Jugendschutzgesetz hat eine Information der Strafverfolgungsbehörden zu erfolgen.

5. Berichtswesen

Die Bezirke informieren die Fachbehörde einmal jährlich u. a. über die Anzahl der in ihrem Wirkungsbereich festgestellten Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz und die abgeschlossenen Bußgeldverfahren. Die Information erfolgt jeweils für das abgelaufene Jahr bis zum 1. März des Folgejahres. Die Niederschriften der überregionalen Besprechungen sind Bestandteil des Berichtswesens.

6. Schlussbestimmungen

Diese Globalrichtlinie tritt vier Wochen nach ihrem Erlass durch den Senat in Kraft. Die Globalrichtlinie tritt fünf Jahre nach ihrem Erlass außer Kraft.